bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 16 | 06. August 2004

Rechte Szene 2

"Völlig unterschiedliche Ziele"
Die Parteispitze der Republikaner will sich von der NPD abgrenzen und wirft der sächsischen Ex-Landesvorsitzenden „Verrat“ vor.

Rechtsextreme Volksvertreter
NPD bildet Fraktionen in mecklenburg-vorpommerschen Kommunalparlamenten.

Abgeschaltet
Wichtiges neonazistisches Webangebot ist zurzeit nicht erreichbar.

Altbekannte Neonazikader
In Berlin vernetzen sich NPD und Freie Nationalisten auf Stadtteilebene.

Ideologie der SA
Der Einfluss des Kampfbundes Deutscher Sozialisten geht über den Rahmen seiner Organisation hinaus. Vor Ort aktiv ist in führender Rolle ein Jugendlicher.

Unbelehrbarer Veteran
Rechtsextremer Vielschreiber leugnet in seinen Schriften den Holocaust. Mit seinen Veröffentlichungen will er auch Jugendliche ansprechen.

Ausland 7

Weiße "Bürgerrechtsgruppe"
David Duke arbeitet auf Bewährung bei seiner eigenen rassistischen Organisation.

„Hexenjagd“

Verfassungschutz 8

Im Abwärtstrend
Den niedersächischen Neonazis fehlen nach Einschätzung des Landesverfassungsschutzes die Führungsfiguren.

Demokratische Initiativen 9

Skepsis ist angebracht
Die Zukunft des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung ist ungewiss. Das Institut genießt weltweite Achtung und darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Grauzone 10

Meinungsbildung
Über Rund-E-Mails werden regelmäßig auch antisemitisch geprägte Verschwörungstheorien verbreitet.

Fragwürdige Schau
Behörde in Oberbayern ehrt langjährigen Landrat, der an der Verschleppung eines Bauern ins KZ Dachau beteiligt war.

Meldungen 11

Rechte Szene

"Völlig unterschiedliche Ziele"

Die Parteispitze der Republikaner will sich von der NPD abgrenzen und wirft der sächsischen Ex-Landesvorsitzenden „Verrat" vor.

Wer im Sachsenforum der Republikaner Informationen zu den Kontroversen um den Rückzug von der Landtagswahl oder zum Abgang der früheren Landesvorsitzenden Kerstin Lorenz sucht, sollte ständig online bleiben. Sonst entgeht einem einiges. Der Parteispitze unliebsame Beiträge oder ganze Diskussionsstränge verschwinden binnen kurzem. Nicht einmal eineinhalb Stunden hielt sich beispielsweise am 1. August ein Beitrag, der Parteichef Rolf Schlierer und seiner Stellvertreterin Uschi Winkelsett wohl nicht gefallen haben dürfte, wenn sie ihn gesehen hätten: Ein Link führte zur Antwort der mit einem Ausschlussverfahren bedachten Lorenz auf einen Brief, den Schlierer an die sächsischen Republikaner gerichtet hatte.

Schlierer wirft Lorenz in seinem Schreiben an die „lieben Parteifreunde in Sachsen" vor, sie habe „nichts unversucht" gelassen, „den Wahlantritt des Landesverbandes Sachsen der Republikaner zu boykottieren". Eigenmächtig habe sie die bereits eingereichte Landesliste der Partei für die Landtagswahl am 19. September beim Landeswahlleiter zurückgezogen. Und das, obwohl die Republikaner nach ihren sachsenweit 3,4 Prozent bei der Europawahl am 13. Juni „auch bei der anstehenden Landtagswahl hervorragende Chancen gehabt" hätten, wie der Parteichef meint. Statt dessen kandidiert nun die NPD im September ohne weitere Konkurrenz von rechtsaußen. Schlierer: „Der Verrat zugunsten der NPD war von langer Hand geplant." Schon den Europawahlkampf der Republikaner habe Lorenz behindert und statt dessen öffentlich mit der rechten Konkurrenz paktiert. „Wir haben nichts mit der NPD gemein", verteidigt Schlierer hingegen seine Linie der Abgrenzung, die sich auf den so genannten „Ruhstorfer Beschluss" eines Bundesparteitags zu Beginn der 90er Jahre stützt. Schlierer: „Republikaner und NPD vertreten völlig unterschiedliche Ziele."

Lorenz habe „bereits den Weg zur NPD angetreten", wirft Schlierer ihr vor. Sie und ihre „Konsorten" nennt er in seinem Schreiben „Verräter": „Leute mit dieser geradezu kriminellen Energie sind woanders besser aufgehoben." Schlierer baut nun auf Martin Kohlmann, der bei einem Parteitag am 24. Juli zum neuen Landesvorsitzenden gewählt worden ist. In Chemnitz, wo der Jurist Kohlmann seit 1999 im Stadtparlament sitzt, hätten er und seine Mitstreiter „gezeigt, dass man mit Geradlinigkeit und Beharrlichkeit das Vertrauen der Bürger gewinnen kann". Bei den Kommunalwahlen im Juni hatte ein von Kohlmann geschmiedetes lokales Bündnis der Republikaner mit DSU und Deutscher Partei 10,3 Prozent der Stimmen geholt. Das war für die nicht gerade erfolgsverwöhnte Landespartei, deren Mitgliederzahl nach einer Schätzung des Dresdener Verfassungsschutzes im vorigen Jahr von 250 auf nur noch 100 gesunken war, einsame Spitze.

„Unumgänglich", nannte Lorenz hingegen den Rückzug der Republikanerliste. Sie sei froh, „dass ich denen, die nur die NPD bekämpfen und deren Einzug in den Landtag verhindern wollten, die Suppe versalzen habe!", schrieb sie im „Nationalen Forum". Und weiter: „In meinen Augen sind die REP schon lange keine rechte Partei mehr und machen sich immer mehr zum Erfüllungsgehilfen der etablierten Parteien!" Vor allem die Schlierer-Stellvertreterin Winkelsett („Schlierers blondes Fallbeil"), die schon vor Wochen ein Ausschlussverfahren gegen Lorenz angekündigt hatte, wurde zum Feindbild der Ex-Landesvorsitzenden.

In Abstimmung mit dem neuen Landesvorstand werde das Bundespräsidium der Partei eine Empfehlung für die Landtagswahl am 19. September herausgeben, kündigte Schlierer an. Viel spricht dafür, dass diese Empfehlung zugunsten der Deutschen Sozialen Union (DSU) ausfallen wird, die 1999 in Sachsen lediglich 0,4 Prozent der Listenstimmen holte. Aus der Sicht der REP-Parteiführung und ihres neuen Landesvorsitzenden, der einst selbst für einen gemeinsamen Wahlantritt von Republikanern, DSU und NPD war, darf das Lorenz-Konzept, der NPD den Einzug ins Dresdner Parlament zu erleichtern, nicht aufgehen. Beim Landesparteitag schlug Kohlmann schon einmal vor, die DSU zu unterstützen.

Tomas Sager

Rechtsextreme Volksvertreter

NPD bildet Fraktionen in mecklenburg-vorpommerschen Kommunalparlamenten.

Keine zwei Wochen war die Entscheidung des Landesverfassungsgericht (LVG) Mecklenburg-Vorpommern alt. Schon nutzte der Landesverband der NPD um Stefan Köster die neue Rechtslage. Am 14. Juli entschieden die Greifswalder Richter per Einstweiliger Verfügung, dass bereits zwei Abgeordnete in einem Kommunalparlament als Fraktion gelten. Den Eilantrag hatten die Grünen gestellt, um kleinen Gruppierungen mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben. Flugs schlossen sich die NPD-Abgeordneten im Stadtparlament Stralsund und im Kreistag Ludwigslust zu Fraktionen zusammen. „Um mehr Bürgernähe in der Hansestadt zu gewährleisten", erklärte der NPD-Fraktionsvorsitzende aus Stralsund Dirk Arendt, ferner im Rathaus Büroräume zu beziehen und „bürgerfreundliche Sprechstunden einzurichten". Zusammen mit seinem Fraktionskollegen Bernd Flotow will Arendt jetzt auch „wichtige Informationen schnellstmöglich an die Haushalte" verteilen lassen. Der neue Fraktionsvorsitzende in Ludwigslust Köster versprach mit seinem Parteikollegen Klaus Bärthel ebenso: „Die nationalistischen Abgeordnete werden emsiger für unser Volk wirken".

Seit Monaten bemüht sich die NPD in Mecklenburg-Vorpommern auf Kommunalebene aufzutreten, um von unten als „Volkspartei" zu wachsen. So kommt die vorläufige Entscheidung des LVG der NPD gerade recht. Garantiert der Fraktionsstatus ihnen doch Steuergelder, Akteneinsichten und Parlamentsrechte. Der Ankündigung Kösters in „Zukunft mit allen volkstreuen Aktivisten" jetzt noch verstärkt im „Kommunalparlament (und) auf der Straße" zusammen zu arbeiten, folgten bereits Taten.

Als Kreistagsfraktion führten die beiden Abgeordneten am 31. Juli einen Aktionstag gegen die Schließung der Kinderstation im Krankenhaus des Stiftes Bethlehem durch. Unterstützt wurden sie von 15 Kameraden aus den regionalen Kameradschaften. Bereits während des Kommunalwahlkampfs im Juni bemühte sich die NPD, soziale Fragen mit Lösungen aus dem Repertoire der Rechtsextremisten zu beantworten. Statt bei der „Kinder- und Familienpolitik des Volkes" zu sparen, forderten denn auch Köster und Bärthel auf vier kleinen Kundgebungen in der Kreisstadt, das Geld durch die Beendigung der „nicht enden wollenden Vergangenheitsbewältigung" und dem „Stopp der Zuwanderung osteuropäischer Billiglohnarbeiter" einzusparen. Derweil versuchten die Kameraden, in Ludwigslust den Bürgern Flugschriften anzubieten – meist nicht sehr erfolgreich. Kaum ging ein Aktivist mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" vor dem kleinem Rathaus oder dem Krankenhaus auf Passanten zu, wichen diese aus. Der geringe öffentliche Zuspruch auf der Straße schien Stefan Köster nicht zu enttäuschen. Dass in dem Wahlkreis über 5360 Wähler die NPD wählten, lässt den NPD-Landesvorsitzenden hoffen.

Bis zum Herbst kann die NPD in Mecklenburg-Vorpommern auf alle Fälle den Fraktionsstatus nutzen. Dann will das Gericht endgültig über die Kommunalverfassung entscheiden.

Andreas Speit

Abgeschaltet

Wichtiges neonazistisches Webangebot ist zurzeit nicht erreichbar.

Auch Provider in den USA sind kein „sicherer" Hafen für rassistische und neonazistische Propaganda. Der Länder übergreifenden Stelle jugendschutz.net ist es kürzlich gelungen, die Schließung des kompletten neonazistischen Webangebots Skadi.net samt aller damit zusammenhängenden Dienste zu erreichen. Möglich wurde dies mit einem Hinweis auf einen Verstoß gegen die Nutzungsbedingungen bei einem amerikanischen Serverprovider, der die Verbreitung von Rassenhass untersagte.

Das laut Szeneinformationen von einem Deutschen unter dem Pseudonym „Njörd Eriksson" betriebene Skadi.net ist seit vier Jahren online und entwickelte sich in dieser Zeit zu einem der international wichtigen neonazistischen Webangebote. Bekannt wurde es unter anderem durch die hoch frequentierte Topliste „TOP 100 Nationalist and

Revisionist Sites“, mit der weltweit auf neonazistische und revisionistische Webangebote verlinkt wurde. Sie ist zurzeit ebenso wenig erreichbar wie das Skadi-Forum, das Kennern der Szene nach dem erst vor wenigen Monaten erfolgten Zusammenschluss mit dem als WPMP3 bekannt gewordenen „Nationalen Forum“ als das bedeutendste europäische Neonazi-Forum gilt. Zu Skadi zählte auch ein Bannertauschdienst sowie ein kostenloses Hosting-Angebot. Die darüber eingestellten rechten Websites sind ebenfalls offline

Mit einem weiteren „Kollateralschaden“ waren deutsche Neonazis konfrontiert: Mit dem Abschalten von Skadi.net verschwand erneut das Webangebot „Freier Widerstand“ aus dem Internet, eine der zentralen deutschen Kameradschaftsseiten, die maßgeblich zur virtuellen Mobilisierung und zur Vernetzung genutzt wurde.

Offen ist, wie schnell und in welchem Maße sich die virtuelle rechte Szene von dem Schlag erholt. Von „Kameradschaft“ scheint man in der Szene nicht viel zu halten. Schon am Tag der Schließung sprachen sich die Betreiber des „Freien Widerstands“ ohne Umschweife dafür aus, die Zusammenarbeit mit Skadi.net aufzugeben – und umgehend erfolgte dann die Trennung. Eine Woche später war der „Freie Widerstand“ wieder erreichbar, gehostet mittlerweile über einen für Neonazis offenen amerikanischen Free-Speech-Provider. Für einen damit angeblich verbundenen finanziellen Mehraufwand starteten die Betreiber der Seite unverzüglich einen Spendenaufruf an die „Kameraden“.

Die der neonazistischen Frauenorganisation Women for Aryan Unity (WAU) nahe stehende Aktivistin Sigrun Christianson, seit kurzem verantwortlich für das Skadi-Forum, erklärte, dass es Schwierigkeiten beim Finden eines Providers gebe, der neonazistische Inhalte zu einem für die Betreiber von Skadi.net finanzierbaren Preis und mit entsprechenden Leistungen hoste. Ein erster Providerwechsel ist offenbar erst einmal gescheitert.

Rudolf Kleinschmidt

Altbekannte Neonazikader

In Berlin vernetzen sich NPD und Freie Nationalisten auf Stadtteilebene.

In den letzten Wochen tauchen in einigen Stadtteilen im Nordosten Berlins vermehrt Aufkleber einer rechtsextremen Gruppierung auf, die sich „Vereinte Nationalisten Nordost“ (VNN) nennt. „National befreite Zonen“, „Deutsche kauft bei Deutschen“, „Pankow bleibt deutsch“, lauten die Parolen. Ein Aufkleber trägt die Aufforderung „Kurt Lade dichtmachen – Kein Geld für Asoziale und Linksradikale“. Der Kurt Lade Club ist als linkes Jugendzentrum den Rechten schon lange ein Dorn im Auge. Seit Jahren gab es aus dem Umfeld der Autonomen Nationalisten Berlins (ANB) Attacken gegen diesen Jugendclub.

Antifaschistische Gruppen aus der Region sehen in der VNN einen neuen Zusammenschluss altbekannter Neonazikader aus dem Spektrum der NPD und der Freien Nationalisten. So seien VNN-Kader während des Europawahlkampfes für die NPD aktiv geworden. Auch in anderen Teilen Berlins gibt es solche rechten Formierungsversuche, mit denen NPD-kritische Teile der Neonaziszene in parteiunabhängigen Bündnissen zusammengefasst werden sollen. Nach diesem Modell arbeitet auch die Berliner Alternative-SüdOst (BASO), die ihre Kontakte über Berlin ausgedehnt hat. Mit der VNN soll dieses Konzept nun im Nordosten Berlins fortgesetzt werden.

Auf der bundesweiten Neonazidemo am 1. Mai dieses Jahres in Berlin ist die Gruppierung mit einem eigenen Transparent aufgefallen. Doch auch ein Überfall in der Nacht vom 1. auf den 2. Juli wird den Neonazis zugerechnet: Zwei Personen wurden beim Entfernen der rechten Aufkleber von einer Gruppe vermummter Rechter beobachtet und überfallen. Die Gewalt hat jetzt Demokratinnen und Demokraten im Nordosten Berlins mobilisiert. Sie wollen der VNN entgegentreten, bevor sie sich richtig etablieren kann. Eine öffentliche Säuberungsaktion ist dabei erst der Anfang. Im gesamten Stadtteil wurden die rechten Aufkleber gezielt entfernt.

Peter Nowak

Ideologie der SA

Der Einfluss des Kampfbundes Deutscher Sozialisten geht über den Rahmen seiner Organisation hinaus. Vor Ort aktiv ist in führender Rolle ein Jugendlicher.

Die Fotos, die der KDS Essen verbreitete, waren satirereif. Da hockt der schwergewichtige Thomas Brehl, „Mitglied der Organisationsleitung" des Kampfbundes Deutscher Sozialisten, Träger der „Abwehrmedaille", des „Silbernen Michael-Kühnen-Ehrenzeichens" sowie des „Ehrenzeichens in Gold", in Uniformhemd und mit Schulterklappen lächelnd neben einem Telefon, derweil die Bildlegende kundtut: „Kamerad Brehl erwartet einen wichtigen Anruf aus Übersee". Oder da sind zwei Jugendliche vor einem Reichsadler zu sehen, ernst und wichtig in die Kamera blickend, auch sie uniformiert und mit schwarzer Krawatte – allerdings noch ohne Schulterklappen: „Stützpunktleiter H. mit seinem Stellvertreter nach einer erfolgreichen Besprechung", verrät die Bildzeile.

Man könnte lachen über Titel- und Ehrungssucht, Uniformfetischismus und gestelzte Sprache der KDSler, wenn ihr Einfluss nicht über den Rahmen ihrer Organisation, deren Mitgliederzahl der Verfassungsschutz für 2003 auf gerade einmal 50 schätzte, hinausginge. Doch landauf, landab tritt beispielsweise ihr Kölner Aktivist Axel Reitz bei Neonazikundgebungen als Redner auf. In den Foren der Szene findet er Unterstützung für seine an SA-Führer Röhm orientierte Ideologie. Und dann und wann gelingt es ihnen, vor Ort Jugendliche für sich zu gewinnen.

Kameradschaft existiert parallel zum KDS-Stützpunkt

Beispiel Essen, die Heimat von „Stützpunktleiter H.". Gerade einmal 16 Jahre ist Philipp H. heute alt, wenn man seinen Kameraden Glauben schenken darf. 15 war er, als er im März 2003 den ersten Versuch startete, einen KDS-Stützpunkt Essen zu gründen. Eine Polizeibeamtin attestierte ihm schon damals in einer Verhandlung vor dem Jugendschöffengericht, er unterhalte einschlägige Webseiten und organisiere Demonstrationen. „Der Angeklagte ist stark in die rechte Szene in Deutschland involviert und tritt trotz seines jugendlichen Alters massiv in führender Rolle auf", zitierte der KDS aus dem Urteil. H. durfte seither schon bei Neonaziaufmärschen in Nürnberg, Hoyerswerda, Cottbus, Hamm und Gladenbach ans Mikrofon. Wobei er aus seinem Herzen keine Mördergrube machte, in Hamm beispielsweise Gegner als „Ungeziefer", „Bastarde" und „Ansammlung von Ratten und Kakerlaken" titulierte.

Bezug auf den historischen Nationalsozialismus

In Essen verfolgt H. ein Konzept, das ihm Reitz vorgemacht hat. Parallel zum KDS-Stützpunkt existiert eine Kameradschaft, die sich schon mit ihrer Namensgebung „Kameradschaft Josef Terboven" ungebrochen auf den historischen Nationalsozialismus bezieht. Terboven war 1923 Teilnehmer des Hitlerputsches, ab 1928 Gauleiter in Essen und ab 1940 Reichskommissar im besetzten Norwegen. Zu seiner Biographie fand sich auf der Homepage der Kameradschaft ein Text, der ungeachtet eines Copyright-Vermerks von der Internetseite des Historischen Centrums Hagen übernommen wurde – mit einer Abweichung. Nicht zu lesen bekamen die Kameraden: „Als Reichskommissar für Norwegen konnte Terboven ... ein gegenüber SS und Wehrmacht weitgehend autonomes sowie fast absolutistisch erscheinendes Regime errichten. Der Name Terboven stand ... synonym für eine brutale Besatzungs- und Terrorherrschaft gegenüber der Zivilbevölkerung und besonders gegen die norwegische Widerstandsbewegung."

In diese Tradition stellt sich H., wenn er über Terboven schreibt: „Sein vorbildlicher politischer Kampf sollte uns immer vor Augen sein, aus seiner Biografie können wir täglich Kraft für die Zukunft schöpfen." Und in diese Tradition stellen sich auch jene Neonazis, die am 9. Oktober in Essen auf die Straße gehen wollen. „Freie Nationalisten aus Essen", erreichbar unter der E-Mail-Adresse der Kameradschaft, haben für diesen Tag eine Demonstration angemeldet. Ihr Motto: „Für ein Deutschland der Ehre, der Freiheit und des Rechts".

Tomas Sager

Unbelehrbarer Veteran

Rechtsextremer Vielschreiber leugnet in seinen Schriften den Holocaust. Mit seinen Veröffentlichungen will er auch Jugendliche ansprechen.

„Wir Deutschen haben schon durch den Krieg an den Fronten und im Bombenhagel der Terroristen mehr Tote zu beklagen als der ‘Holocaust’ der Juden. Während man uns den so genannten ‘Holocaust’ als Planung vorwirft, ohne den geringsten Beweis vorlegen zu können, ist die Beweislage der Pläne gegen das Deutsche Volk schriftlich unwiderlegbar. ... Ist den noch desinteressierten Volksgenossen bewusst, dass dieser beabsichtigte Volkstod der eigentliche ‘Holocaust’ ist?“. Nachzulesen sind die Zeilen in dem dieses Jahr bei der österreichischen Edition Der Patriot erschienenen antisemitischen Hetzwerk „Schauen Sie in den Rückspiegel, Herr Spiegel!“.

Autor ist der im Jahr 1914 im damaligen Königsberg geborene und heute im hessischen Baunatal (Kreis Kassel) wohnhafte Erich Glagau. Glagau ist Autor von rund zwei Dutzend Büchern und Broschüren mit Titeln wie „Die Entlarvung des Antisemitismus-Schwindels“, „Freitag der 13. Die Sängerknaben trauern um Ignatz Bubis“, „Der Babylonische Talmud“ oder „Die grausame Bibel“. Verlegt wurden und werden die Machwerke bei Szene-Verlagen wie VAWS, Neue Visionen (Schweiz) oder im Eigenverlag. Die jüngsten Werke sind allesamt bei der rechtsextremen Wiener Edition Der Patriot (Karl Steinhauser/Günther Seeger) erschienen. Mehrere der Glagau-Schriften sind auf der Website der NSDAP/AO (USA) von Gary Lauck abrufbar. Geworben wird für Glagaus krude Erzeugnisse unter anderem in der NS-apologetischen zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift „Recht+Wahrheit“.

Erich Glagau will aber auch Jugendliche ansprechen. In einem von ihm selbst vertriebenen Werbeaufkleber für sein Buch „Die Entlarvung des Antisemitismus-Schwindels! Gleichberechtigung für alle Völker!“, heißt es: „Schülerinnen und Schüler. Prüft eure Intelligenz! Was ist Semitismus. Heute könnt Ihr einmal die Intelligenz eurer Lehrer, Erzieher und Eltern testen. Mehr Informationen durch Erich Glagau ...“ Aufkleber dieser Art fanden sich dutzendweise im März vergangenen Jahres auf Strommasten et cetera in der Innenstadt von Duisburg.

Als Artikel- beziehungsweise Leserbriefschreiber machte Glagau unter anderem in den Neonazi-Blättern „Freundesbriefe. Leserkreis der ehemaligen Bauernschaft“, „Lübscher Aufklärer“, „Sonnenbanner“, „Der Scheinwerfer“ und dem NPD-Sprachrohr „Deutsche Stimme“ auf sich aufmerksam. Ebenso ist Glagau gern gesehener Teilnehmer bei Veranstaltungen der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik.

Am 23. März vergangenen Jahres trat Glagau neben der HNG-Vorsitzenden Ursel Müller und Friedhelm Busse, dem ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), als Referent bei der Jahreshauptversammlung der braunen Knasthilfeorganisation HNG in Hessisch-Lichtenau auf. Zugegen waren mehrere 100 Rechtsextremisten, überwiegend Skinheads.

"Das Deutsche Reich in seinen alten Grenzen"

Die „Nachrichten“ der HNG haben eine Anzeige von Glagau veröffentlicht. Mit Schreiben vom 20. August 2003 erstattete Glagau bei der Staatsanwaltschaft Berlin gegen den damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Bundeskanzler Gerhard Schröder „Anzeige wegen des Verdachtes der ‘Unterlassenen Hilfeleistung’ ... und der Zugehörigkeit zu einer ‘kriminellen Vereinigung’ ...“ Glagau wirft ihnen vor, nicht gegen die „verleumderische Last des ‘Holocaust’ und der Keule ‘Auschwitz’“ vorzugehen. Das, „was unter den gängigen Schlagworten wie ‘Auschwitz’ und der ‘6 Millionen vergaster Juden’“ bekannt ist, sei, so Glagau, „auf Lügen und Verleumdungen“ aufgebaut. Glagau schließt seine dreiseitige Anzeige mit den Worten: „Wir wollen das Deutsche Reich als Institution, als Staatsform und in seinen alten Grenzen erhalten und dokumentieren die unverbrüchliche Treue zum Deutschen Volk!“

Anton Maegerle

Ausland

Weiße "Bürgerrechtsgruppe"

David Duke arbeitet auf Bewährung bei seiner eigenen rassistischen Organisation.

Nur wenige Monate nach seiner Entlassung in den offenen Vollzug sprüht David Duke vor Tatendrang. Vor allem das Internetradio hat er dabei als neues Medium für seinen „Freiheitskampf" entdeckt. Neben den üblichen auf seiner Website im MP3-Format herunterladbaren Hasstiraden gegen Juden und Nichtweißen hat der selbst ernannte Sprecher der „weißen Bürgerrechtsbewegung" der USA in Kooperation mit dem rechtsextremen Internetportal „Stormfront" eine wöchentliche Diskussionsrunde, den „Duke Town Hall", ins Leben gerufen, in der er kürzlich zum Beispiel den kanadischen Revisionisten Paul Fromm als Gast begrüßen konnte. Gemeinsam beklagten beide ausführlich die Zersetzung traditioneller amerikanischer Werte durch die „krankhaft-degenerierte Ausländerkultur" und den andauernden „Genozid" an der europäischen Rasse.

Duke wird von vielen Angehörigen der Szene offensichtlich weiterhin als potenzieller Kopf einer politisch salonfähigen rechten Bewegung angesehen. Ende Mai waren in New Orleans rund 250 Anhänger zusammengekommen, um die Heimkehr ihres Sprachrohres aus dem „föderalen Gulag" zu feiern. Darunter befanden sich Mitglieder von Stormfront, der National Alliance, der British National Party sowie einige bekannte Holocaust-Leugner. Duke hatte in einem Bundesgefängnis eine zwölfmonatige Haftstrafe abgesessen, weil er Steuern hinterzogen und Spendengelder in Spielcasinos verprasst hatte. Trotz aller Dementis bekannte Duke sich vor Gericht schuldig, was es ihm ermöglicht, sich weiterhin für politische Ämter zu bewerben. Wiederholt wurden seit Beginn des Jahres Gerüchte gestreut, Duke könnte im Herbst erneut für einen Sitz im Repräsentantenhaus von Louisiana kandidieren.

Zu Hilfe kommt dem Rassisten bei all seinen Aktivitäten die Entscheidung eines Richters, der sich überzeugen ließ, dass der ehemalige Ku Klux Klan-Führer aufgrund seiner Vergangenheit und Reputation kaum eine Chance auf dem öffentlichen Arbeitsmarkt hätte. Duke darf deshalb die mit seiner Bewährung verbundenen Auflagen – Arbeit für eine öffentliche Institution – bei seiner eigenen Organisation EURO (European-American Unity and Rights Organization) erfüllen. Die angebliche Bürgerrechtsgruppe, deren Mission mit der Bewahrung der Kultur des angelsächsischen Amerikas und der Südstaaten umrissen wird, ist von Duke im Jahr 2000 als „weiße Antwort" auf die NAACP und die Anti-Defamation League gegründet worden. Allerdings besteht die Gruppe, die laut ihrer Website Sektionen in 15 US-Bundesstaaten unterhält, heute allem Anschein nach hauptsächlich aus Duke und dem bekannten „White Power"-Aktivisten Stan Hess aus Idaho. Auch eine erweiterte Neuauflage von Dukes Buch „Jewish Supremacism" ist mittlerweile auf dem Markt und kann über das Internet bezogen werden. In Kanada wurde das Buch allerdings kürzlich auf den Index gesetzt.

Michael Funk

„Hexenjagd"

Großbritannien (London) – Die Association of Chief Police Officers (Vereinigung höherer Polizeibeamter) hat ein Statut verabschiedet, das ihren Mitgliedern verbietet, der rechtsextremen British National Party (BNP) anzugehören oder beizutreten. Der offizielle Text bezieht sich zwar allgemein auf Organisationen, deren Satzung, Ziele, Strategien oder Äußerungen der polizeilichen Pflicht zur Förderung der Rassengleichheit widersprechen, ACPO-Präsident Chris Fox machte aber in einem Interview deutlich, dass der Beschluss speziell im Hinblick auf die rassistische BNP Anwendung finden werde. Zuwiderhandlungen, so Fox, würden erwartungsgemäß zur Entlassung der betreffenden Beamten führen. Sprecher der BNP bezeichneten die Regelung als „Hexenjagd" und als Beschneidung demokratischer Rechte von Einzelpersonen. (mf)

Verfassungschutz

Im Abwärtstrend

Den niedersächischen Neonazis fehlen nach Einschätzung des Landesverfassungsschutzes die Führungsfiguren.

Auf den ersten Seiten bietet der niedersächsische Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2003 nicht nur umfangreiche Statistiken zur politisch motivierten Gewaltkriminalität, sondern auch einen kleinen Exkurs zur politischen Bildung. Der aufmerksame Leser erfährt, dass sich der von den Landesämtern für Verfassungsschutz verwendete „Extremismusbegriff" an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus den 50er Jahren orientiert (Urteile zu den Verboten von KPD und SRP (Sozialistische Reichspartei). Eine Gruppierung oder Partei sei dann als extremistisch einzustufen, wenn beispielsweise folgende „Wesensmerkmale" der Demokratie bekämpft werden: Grund- und Menschenrechte, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte, Verantwortung der Regierung.

Zur aktuellen Entwicklung im Jahr 2003: Die Anzahl gewaltbereiter Rechtsextremisten hat sich in Niedersachsen zum zweiten Mal nacheinander verringert – von 1050 auf 1000 Personen. Dazu kommen 350 Neonazis, die – im Gegensatz zum Bundestrend – im Beobachtungszeitraum nicht an Bedeutung zugenommen haben. Die meisten von ihnen sind in Kameradschaften organisiert. Ihre Zahl schwankt zwischen 20 und 25, die besonders in der Weserbergland-Region und in den Städten Osnabrück, Göttingen und Salzgitter aktiv sind. Interessant ist die Abwärtsentwicklung in Lüneburg, jahrelang eine Neonazi-Hochburg. Der Verfassungsschutz wertet das als „Indiz für die Fluktuation" in diesem Bereich und zieht Rückschlüsse auf die enorme Bedeutung von so genannten Führungsfiguren. Im aktuellen Bericht der Behörde heißt es dazu: „Ohne Anführer lässt sich das rechtsextremistische Potenzial, das es in allen Teilen Niedersachsens gibt, nicht mobilisieren."

Insgesamt hat das organisierte rechtsextreme Potenzial in dem norddeutschen Flächenstaat von 3530 auf 3190 Personen abgenommen. Einen leichten Anstieg gab es nur in der Rubrik „sonstige Organisationen" zu verzeichnen, zu denen die Deutsche Partei (50 Mitglieder; Vorsitzender Heiner Kappel) gezählt wird.

Rückläufig ist die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten. Sie hat sich von 1319 auf 1194 reduziert. Gewalttaten haben um über ein Viertel (von 110 auf 80) abgenommen. Dennoch: Nur in Nordrhein-Westfalen schlugen rechte Täter häufiger zu (95 Mal). Für die meisten Schlagzeilen sorgte der 15. März 2003, als fünf Skinheads in Apensen (Landkreis Stade) ihr Opfer mit Pfefferspray besprühten und zusammentraten. In Hannover erlitt ein Mann nach der Attacke eines jugendlichen Skinheads einen Schädelbasisbruch. Die Zahl der Körperverletzungen reduzierte sich von 93 auf 71 Delikte.

Ein Abwärtstrend ist auch bei den Parteien in Niedersachsen zu verzeichnen. Während die Mitgliederzahl der NPD (Vorsitzender: Ulrich Eigenfeld) bei 450 stagniert, verloren DVU (Vorsitzender: Richard Carls) 100 (jetzt 900) und Republikaner (Vorsitzender: Karl Ingo Welke, bis November) 150 Mitglieder (jetzt 400). Der 1988 gegründete DVU-Landesverband befindet sich – eigentlich ganz undeutsch – „in einem organisatorisch desolaten Zustand", vermeldet der Verfassungsschutzbericht. Und der REP-Landesverband steckt demnach gar in einer „seine Existenz gefährdenden Krisensituation". Nur aus Lüneburg, Aurich und Salzgitter soll hin und wieder ein Mucks zu hören sein. Landesweit machte die NPD im Februar mit ihrer Kampagne „Heimreise statt Einwanderung – deutsche Kinder braucht das Land" mobil. Die Partei schaffte es aber nicht, zu Demonstrationen mehr als 150 bis 200 Anhänger auf die Straße zu bringen, was Parteivorstandsmitglied Stefan Pfingsten mit den Worten „feige in den Wohnungen hocken" bitter beklagte. Das tun offensichtlich auch die jungen Nationaldemokraten, deren Zahl von 50 auf 20 schrumpfte.

Volker Stahl

Demokratische Initiativen

Skepsis ist angebracht

Die Zukunft des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung ist ungewiss. Das Institut genießt weltweite Achtung und darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Das Dementi kam prompt. Das Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) an der Technischen Universität (TU) Berlin solle nicht Opfer der Sparmaßnahmen werden. Das ließ TU-Präsident Kurt Kutzler unmittelbar nach anders lautenden Meldungen verbreiten. Er setze sich „mit allen Mitteln für den ungeschmälerten Fortbestand des Zentrums" ein. Eine Kürzung des ZfA sei „nie Inhalt der Diskussion über die neue Struktur der TU Berlin gewesen". Im zweiten Satz folgte freilich eine gravierende Einschränkung. Er sei sicher, dass die über die künftige Struktur der Universität entscheidenden Gremien „mir in diesem Anliegen folgen werden." Kutzler bedarf also der Zustimmung anderer Institutionen. Die aber oder deren Vertreter haben selbstverständlich eigene Interessen, seien es nun Naturwissenschaftler, die Geisteswissenschaft oder was sonst noch zu einer großen Universität gehört.

Die TU muss in den nächsten Jahren ihre Ausgaben um rund 30 Millionen Euro kürzen – und das Jahr für Jahr. Da liegt es auf der Hand, dass jeder um seinen Platz kämpfen wird. Privilegierte Ausnahmen dürfte es kaum geben. Beim ZfA handelt es sich aber um eine Besonderheit, die ihresgleichen in Europa nicht hat.

Als es 1982 gegründet wurde, herrschten in der Bundesrepublik Wohlstand und Ruhe. Es mehrten sich allerdings Zeichen der Veränderung. Der Antisemitismus stagnierte noch, doch die Feindseligkeiten gegenüber anderen, Ausländern zumal, nahmen zu. So kam es zur Gründung des ZfA, das seine Aufgaben inzwischen deutlich erweitert hat. Es versteht sich heute, so sein Leiter Professor Wolfgang Benz, „als zentraler Ort für allgemeine und übergreifende theoretische und methodische Forschungen zu Vorurteil und Diskriminierung, zu Migrationsprozessen und Minoritätenkonflikten, zur Geschichte diskriminierter Minderheiten ... Der Begriff des Antisemitismus muss deshalb im Sinne einer Forschungsstrategie erweitert werden." Dass dabei Judenfeindschaft und NS-Judenverfolgung nicht aus dem Blick geraten, versteht sich von selbst. Außerdem werden weiter „Solidarität und Hilfe für Juden 1933 – 1945" erforscht. Wenn auch nur einer der beiden Lehrstühle dem Rotstift zum Opfer falle, drohe der weltweit geachteten Forschungsstelle ein „irreparabler Schaden", sagt Benz zutreffend, zumal „die Erforschung antisemitischer Vorurteile in Zukunft einen noch größeren Stellenwert bekommen" werde. Dazu gehörten zunehmende islamistische Judenfeindlichkeit und antisemitisch gefärbte Israel-Kritik.

Kürzlich war das ZfA in die Kritik geraten, weil eine seiner Studien wachsenden Antisemitismus unter Muslimen nachgewiesen hatte. Angeblich deshalb wurde die Studie als nicht streng wissenschaftlich von der EU unter Verschluss gehalten. kurz darauf konnte man sie aber im Internet lesen.

Wolfgang Benz, Werner Bergmann und ihre Mitarbeiter leisten vorbildliche Arbeit auf Gebieten, welche die allgemeine Wissenschaft eher übersieht. Sie vertreten Deutschland weltweit auf Konferenzen, Kongressen und Symposien. Ihre Anwesenheit ist weithin gefragt, wobei es bereits jetzt kaum noch möglich ist, allen Einladungen zu folgen. Wenn auch nur eine Professorenstelle gestrichen würde, wäre das ZfA völlig überlastet – und das in einer Zeit beängstigend zunehmender Judenfeindschaft. Im Ausland könnte die Sparmaßnahme als Kapitulation vor dieser Tendenz gesehen werden. Deutschland geriete in den Ruf, Minderheiten nicht mehr schützen zu wollen. Das kann Berlin sich nicht leisten. Deshalb sollten die entscheidenden Gremien der TU bei ihrem Zwang zum Sparen um das ZfA einen weiten Bogen machen, um nicht zu zerstören, was den guten Ruf der Bundesrepublik mit gegründet hat. Wolfgang Benz ist jetzt 63 Jahre alt. Seine Pensionierung steht in Kürze an. Sollte die zweite Professor demnächst wegfallen, wäre es leicht, das ganze Zentrum nach und nach verschwinden zu lassen. Dagegen müsste Widerstand geleistet werden, ehe es zu spät ist.

Heiner Lichtenstein

Grauzone

Meinungsbildung

Über Rund-E-Mails werden regelmäßig auch antisemitisch geprägte Verschwörungstheorien verbreitet.

Der amerikanische Politologe Michael Barkun hat in einer kürzlich erschienenen Studie („A Culture of Conspiracy“, University of California Press) aufgezeigt, dass sich die verschiedenen okkultistischen, esoterischen und antisemitischen Verschwörungstheorien zunehmend vernetzen und vermischen. Dies lässt sich besonders im Internet deutlich beobachten. Ein Beispiel sind die Rund-E-Mails von Stefan G. Weinmann aus Hackenheim. „Liebe Freunde, bitte schaut Euch den folgenden Auszug an und bildet Euch Eure eigene Meinung!“ „Folgende Materialien habe ich heute geschickt bekommen. Kann mir das jemand dementieren?“ So beginnen in der Regel die E-Mails, die Stefan G. Weinmann aus Hackenheim nahezu täglich an einen Verteiler mit mehreren hundert Einträgen sendet. Darunter auch zahlreiche Abgeordnete des Deutschen Bundestags.

Was Stefan Weinmann an die in seinem Verteiler erfassten E-Mailadressen weiterleitet, hat er entweder selbst im Netz ausfindig gemacht oder ist ihm zugesendet worden. Es handelt sich dabei um E-Mails, Links zu Internetseiten, Textfragmente, die aus Homepages herauskopiert wurden oder angehängte Text- und Bilddateien.

Immer wieder wird auch Material antisemitischen Inhalts weitergeleitet: direkt an die Verschwörungstheorien anknüpfend oder ohne expliziten Bezug, mal eher verdeckt, dann wieder offen und aggressiv. Besonders populär sind antisemitisch geprägte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das World Trade Center. So wird von Mossad-Mitarbeitern berichtet, die am 11. September 2001 auf dem Dach eines dem World Trade Center gegenüberliegenden Hochhauses von US-Sicherheitsbehörden verhaftet worden seien. Oder es wird behauptet, dass sich unter der Zahl der Ermordeten kaum Juden befänden, da sie bereits im Vorfeld der Anschläge gewarnt worden seien.

Stefan Weinmann geriert sich als Verbreiter von Informationen beziehungsweise Fakten, die dazu dienen sollen, „sich eine eigenen Meinung“ bilden zu können. Mit seiner eigenen Meinung zu den jeweiligen Materialien hält er sich meist zurück – nicht zuletzt, um sich vor Strafverfolgung zu schützen. So ist sein Kommentar zum weitergeleiteten Material stets in Frageform formuliert. Als er das Bild des neu gewählten Bundespräsidenten Horst Köhler mit der Bildunterschrift „Die Fingersprache von Köhler signalisiert die Pyramide Rothschilds“ weiterleitete, stellte er eingangs die Frage: „Horst Köhler doch kein Hoffnungsträger, sondern nur ein ‚Sandmännchen’ das uns blöden Gojis Sand in die Augen wirft...? Was meint Ihr, wie denkt Ihr darüber...?“. Zudem versieht er jede seiner Mails mit dem Hinweis, dass ausschließlich die jeweiligen Verfasser verantwortlich für die weitergeleiteten Texte seien und er lediglich für deren Weiterleitung.

Zahlreiche der von Stefan Weinmann verbreiteten Texte, Bilder und Links sowie die Personen, von welchen sie stammen beziehungsweise auf welche sie verweisen, lassen an Deutlichkeit jedoch nicht zu wünschen übrig. Horst Mahler ist zum Beispiel nicht nur in der Verteilerliste zu finden, sondern seine Mails werden auch weitergeleitet. Mit den Worten „hier eine neue Kontaktadresse“ wird auf die Seite „Das dritte Deutsche Reich kommt. Für Deutschland“ des in Amerika lebenden Neonazis Wolfram Graetz verwiesen oder Weinmann unterrichtet unter der Betreffzeile „Christian Dettling, ein Held aus Augsburg...???“ seine Leserschaft über den Ausgang des Strafverfahrens gegen den aggressiven Antisemiten und ebenfalls Verschwörungstheorien verfallenen Christian Dettling.

Übrigens wurde auch Martin Hohmanns Rede „Gerechtigkeit für Deutschland“ von Stefan Weinmann verbreitet. Und zwar noch bevor die Medien auf sie aufmerksam geworden waren und damit bundesweit bekannt machten. Auch Horst Mahler erfuhr so erstmals von Hohmanns Rede. Mahlers Kommentar zu dieser Rede leitete Weinmann dann prompt weiter: „Der Mann scheint Mut zu haben! Wenn auch noch nicht ganz den Durchblick.“, kommentierte Mahler gegenüber Weinmann.

Bernd Sommer

Fragwürdige Schau

Behörde in Oberbayern ehrt langjährigen Landrat, der an der Verschleppung eines Bauern ins KZ Dachau beteiligt war.

Bedeutende Landkreis-Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts will Luitpold Braun (CSU), Landrat des Kreises Weilheim-Schongau in Oberbayern, in den Räumen seiner Behörde vorstellen. Nachdem bereits an der Würdigung des von den Nazis hoch verehrten Admirals Franz Ritter von Hipper, Schlachtenlenker im 1. Weltkrieg, Kritik laut geworden war, war es nun die Ausstellung über Gustav Hilger, CSU-Landrat in Schongau von 1949 bis 1970, die für Ärger sorgte. Denn dieser war in seiner Zeit als Landrat in Hilpoltstein 1942 maßgeblich an der Verschleppung des angeblich arbeitsunwilligen Bauern Ludwig Wittmann ins KZ Dachau beteiligt – was in der Schau mit keinem Wort erwähnt wurde.

„In der Zeit von 1940 bis 1945 war Dr. Gustav Hilger zum Landrat im mittelfränkischen Hilpoltstein bestellt und wurde kurz vor Kriegsende noch zum Kriegsdienst an der Westfront eingezogen"– recht viel mehr erfuhr der Besucher über das politische Wirken Hilgers in der NS-Zeit nicht. Keine Silbe war über dessen NSDAP-Mitgliedschaft zu lesen, auch nicht, dass er Mitglied des NS-Fliegerkorps war.

Braun rechtfertigte die Lücken damit, dass man nicht das 20. Jahrhundert aufarbeiten, sondern Menschen zeigen wolle, „die in ihrer Zeit bedeutend waren." Hilger, der 1949 Nachfolger von Franz Josef Strauß als Schongauer Landrat wurde, habe überdies „höchste Auszeichnungen" erhalten. Die Fraktionschefs von SPD, Unabhängigen und Grünen im Kreistag warfen den Verantwortlichen hingegen mangelhafte Recherche vor.

Rückendeckung bekam Braun von Kreisheimatpfleger und CSU-Kreisrat Helmut Schmidbauer, der den im Internet einsehbaren Aufsatz, auf den sich die „Weilheimer SZ" in ihrem Beitrag über Hilgers braune Vergangenheit bezogen hatte, als einen „nicht professionell aufbereiteten Tendenzbericht" bezeichnete. Darin wird ein Schreiben Hilgers vom Dezember 1941 zitiert: „Das Arbeitsamt Hilpoltstein wird dem Wittmann nochmals eine Arbeitsstelle zuweisen. Wenn Wittmann nun wieder versuchen sollte, dieser Arbeit auf irgendeine Art und Weise aus dem Wege zu gehen, dann werde ich seine Einschaffung in ein Konzentrations- beziehungsweise Arbeitslager veranlassen."

Anfang Februar 1942 wurde der Bauer nach Nürnberg ins Gefängnis und am 27. März 1942 ins KZ Dachau gebracht. Ein knappes halbes Jahr später ist der Gefangene mit der Häftlingsnummer 29617 tot. „Verstorben am 18. September 1942; Todeszeit 13:40, Todesursache Darmkatarrh; Alter 52 Jahre", ist im KZ-Sterbebuch vermerkt.

Roland Lory

Meldungen

Jahrestreffen

Coburg – Am 11. und 12. September veranstaltet das extrem rechte Hilfskomitee Südliches Afrika (HSA) sein Jahrestreffen als Vortragstagung im fränkischen Coburg. Informationen sind über die Postfachadresse von Peter Dehoust, Redaktionsmitglied der Monatszeitschrift „Nation&Europa" in Coburg zu erfragen. (am)

Weiteres "Aktionsbüro"

Köln/Dortmund – Neonazis aus Nordrhein-Westfalen haben ein Aktionsbüro Westdeutschland gegründet. Initiatoren waren einem Rundschreiben zufolge „Führungsaktivisten aus Dortmund, Köln, Hamm und Wuppertal". Diese regionale Zusammensetzung lässt auf eine gewisse Nähe zum Worch-Flügel der Neonazis schließen. Das Aktionsbüro soll „den Freien Widerstand in Rheinland-Westfalen festigen und die regionalen Strukturen verbessern". Geplant ist eine Internetpräsenz, die „allen Zusammenhängen und Kameradschaften als Plattform dienen soll". Es solle außerdem mithelfen, „das wichtigste Mittel unseres politischen Ausdrucks, die Demonstrationen und Kundgebungen, gründlich vor- und nachzubereiten", heißt es in dem von Axel Reitz (Köln) und Pascal Zinn (Dortmund) unterzeichneten Rundschreiben. (ts)

Rechtsextreme wollen in den Landtag

Potsdam – Die DVU will erneut den Sprung in das brandenburgische Landesparlament schaffen. Mit einer 18-köpfigen Liste tritt sie zu den Wahlen am 19. September an. An der Spitze steht die bisherige DVU-Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth, ihr folgt der brandenburgische Landesvorsitzende sowie Landtags- und Kreistagsabgeordnete Sigmar-Peter Schuldt. Platz 3 und 4 belegen die DVU-Landtagsparlamentarier Birgit Fechner und Michael Claus. Als Nummer 5 wurde Norbert Schulze, DVU-Kreistagsabgeordneter in Elbe-Elster platziert, der Parlamentsnachrücker Markus Nonninger belegt Platz 6. Auf der DVU-Homepage sowie in der Frey-Gazette „National-Zeitung“ wird eifrig um finanzielle Unterstützung für den Wahlkampf gebeten, um „die größtmögliche in Ihren Kräften stehende Spende für die DVU“. Im September 1999 war die rechtsextreme Partei mit fünf Mandaten und 5,28 Prozent der Wählerstimmen in den Potsdamer Landtag eingezogen. (bnr)

Holocaust-Leugner offline

USA (Chicago) – Die Webpräsenz des holocaustleugnenden VHO (Vrij Historisch Onderzoek) ist am 3. August gesperrt worden. Damit ist eine der umfangreichsten und für den europäischen Raum bedeutendsten revisionistischen Websites nicht mehr verfügbar. Über sie war eine Vielzahl holocaustleugnender Schriften in deutscher Sprache abrufbar, zudem wurde in großem Stil auf weitere revisionistische Webangebote verlinkt. Von der Sperrung betroffen ist auch die Website des Commitee for Open Debate on the Holocaust (CODOH), die auf dem gesperrten Server gehostet wurde. Der vor der deutsche Justiz geflohene Holocaust-Leugner Germar Rudolf, der seit 1999 die VHO-Website betreut, informierte „Freunde, Unterstützer und Gegner“ über die erstmalige Sperrung der VHO-Webpräsenz innerhalb ihrer siebenjährigen Internetaktivität und kündigte die umgehende Suche nach einem neuen Provider an. (rk)

Neues Domizil für Neonazis

Rosenberg (Ostalb-Kreis) – Auch in Baden-Württemberg haben Rechtsextremisten kürzlich eine Immobilie erworben. Im Rosenberger Stadtteil Hohenberg bei Ellwangen (Ostalb-Kreis) hat der österreichische Neonazi Andreas Thierry (34) die Gaststätte „Zum Goldenen Kreuz“ für 45 000 Euro ersteigert. Dies wurde durch Veröffentlichungen der Lokalpresse Ende Juli bekannt. Ursprünglich wollten mit Ralf Brunner und Michael Weber zwei ortsansässige Funktionäre der neonazistischen Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) die Immobilie im schwäbischen Hohenberg erwerben. Die Bank verweigerte ihnen jedoch einen Kredit. Bei der Versteigerung im April traten die drei Gesinnungskameraden gemeinsam auf. Offiziell will Thierry „Wohneinheiten“ in dem alten Gasthaus errichten. Weber und Brunner sind derzeit mit Renovierungsarbeiten an dem Objekt beschäftigt. Andreas Thierry firmiert als „wissenschaftlicher Beirat“ des BDVG-Organs „Volk in Bewegung“, für das er auch als Autor tätig ist. (xy)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de